



Dr. Martina Bunge
Mitglied des Deutschen Bundestages

Dr. Martina Bunge, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Ministerin
Frau Manuela Schwesig
Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und
Soziales Mecklenburg-Vorpommern
Postfach
19048 Schwerin

vorab per Mail: manuela.schwesig@sm.mv-regierung.de

Dr. Martina Bunge
Gesundheitspolitische Sprecherin
der Fraktion DIE LINKE
Sprecherin für ostdeutsche Rentenüberleitung

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus, Raum 4.814
Telefon: +49 30 227-70067
Fax: +49 30 227-76076
martina.bunge@bundestag.de

Wahlkreisbüro:
Am Schilde 7a
23966 Wismar
Telefon: +49 03841-3265993
Fax: +49 03841-3265994
martina.bunge@wk.bundestag.de
www.martina-bunge.de

Berlin, den 22. November 2012

Sehr geehrte Frau Ministerin,

mit Erstaunen habe ich in der Online-Ausgabe der Ostsee-Zeitung von gestern Abend Ihre Meinungsäußerung zum Thema Rentenangleichung gelesen. Zunächst hielt ich die Überschrift „Schwesig: CDU und Linke tun nichts zur Rentenangleichung Ost“ für einen Irrtum der Redaktion, stellte dann aber fest, dass diese Formulierung tatsächlich auf Ihrer Aussage fußt.

Sie erklären, die Kritik der Linken an dem SPD-Vorschlag zur Rentenangleichung solle „das eigene Nichtstun kaschieren“. Das ist eine Feststellung, die von Uninformiertheit oder aber von mangelnder Redlichkeit zeugt. Ihre Äußerung möchte ich als eine Politikerin, die sich seit 22 Jahren dafür engagiert, dass die Überleitung der DDR-Altersversorgung in das bundesdeutsche Recht gerechter als bisher erfolgt, nicht unwidersprochen lassen.

Zu Ihrer Information lege ich Ihnen vier Anträge bei, die die Fraktion Die Linke in den letzten Jahren in den Bundestag eingebracht hat; die jüngste Initiative stammt vom 16.10.2012. Ihre Genossinnen und Genossen im Bundestag hätten also schon mehrfach die Gelegenheit gehabt, diese Anträge zu unterstützen und den Menschen in Ostdeutschland Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Das unterblieb leider. Mir ist auch nicht erinnerlich, dass sozialdemokratische Bundessozialminister/innen in Regierungsverantwortung in dieser Sache aktiv wurden.

Lieber spät als gar nicht, möchte man angesichts der Initiative von Peer Steinbrück sagen. Neben einiger Kritik in der Sache (vgl. anhängende Pressemitteilung von gestern) steht für mich vor allem die Frage, ob Ihre Partei zu dem Vorhaben der Rentenangleichung stehen wird, falls sie im nächsten Jahr in Regierungsverantwortung kommt.

Mit freundlichen Grüßen

PS: Damit Ihre Angaben nicht unwidersprochen im Raume stehen bleiben, handhabe ich dieses Schreiben als Offenen Brief.